

# Meldungen

zusammengestellt von Michael Mertsch

## Zunehmende Spannungen im Osten

Im gleichen Maß, mit dem die 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE) in den vergangenen Monaten Einfluß im Norden des Landes verloren haben, nehmen entlang der Ostküste die Spannungen zu. Insbesondere nach dem Fall der Stadt Kilinochchi in der ersten Oktoberwoche kam es in den Distrikten Trincomalee, Batticaloa und Amparai zu heftigen Auseinandersetzungen und zahlreichen Attacken auf Polizei und Armee. Brennpunkte einer Vielzahl von Zwischenfälle war das Gebiet um Welikanda - Ort sinhalesischer Ansiedlungen durch die Regierung. Bei Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und LTTE-Kadern kamen auch mehrere 'Home Guards' zu Tode. Neunzehn Personen, darunter 14 Zivilisten, wurden zum Teil schwer verletzt, als Armeesoldaten am 8. November einen Bus irrtümlich unter Feuer nahmen. Eine Armeepatrouille hatte den Bus mit Fahrgästen von Valaichchenai nach Batticaloa gezwungen, sie auf einem Umweg in ihr Camp nach Kaluwankenni zu bringen. Den Wachen des Lagers erschien der Bus auf seinem ungewohnten Weg verdächtig, woraufhin sie das Feuer eröffneten.

Wie unvorbereitet die Polizei nach wie vor auf derartige Zwischenfälle ist, zeigen die Geschehnisse eines Überfalls in Palliyagodella, bei dem 18 Polizisten und drei 'Home Guards' starben. Offensichtlich wurden die Getöteten von der LTTE völlig wehrlos während eines gemeinsamen Bades in einem Gewässer nahe der Polizeistation überrascht und waren den Angreifern völlig hilflos ausgeliefert. Palliyagodella war erst vor wenigen Monaten Schauplatz eines brutalen Massakers an Zivilisten.

Bisher hauptsächlich ein Phänomen der Kriegsführung der Armee im Norden, werden gegenwärtig auch im Osten zunehmend Bombenangriffe der Luftwaffe geflogen. Die anvisierten Ziele derartiger Luftangriffe rücken zunehmend auch in die Nähe der dichter besiedelten Städte entlang der Ostküste, so daß in Zukunft ähnlich wie in Jaffna auch hohe Verluste unter der Zivilbevölkerung bei derartigen Aktionen zu erwarten sind. Anfang November wurde ein mutmaßlich von der LTTE benutztes Gebäude unweit der Stadt Chenkaladi unter Beschuß genommen.

Die Einwohner Batticaloas sehen sich

nach der Sprengung der Eisenbahntrasse nahe der Stadt durch die LTTE mit Versorgungs- und Transportproblemen konfrontiert. Nachdem auch in Amparai Lastwagen zerstört und Fahrer angegriffen bzw. ermordet worden sind, weigern sich Fuhrunternehmer zunehmend, Transporte in die Ostprovinz durchzuführen. Auch der öffentliche Personenverkehr wird immer stärker durch zahlreiche Zwischenfälle eingeschränkt. Die Kette von regelmäßigen Gewalttaten entlang der Hauptstraße von Polonnaruwa nach Valaichchenai hat sich weiter fortgesetzt.

Der Zivilverwaltung des Batticaloa-Distrikts macht das Steuerwesen der LTTE, die auch den überwiegenden Teil dieses Distriktgebiets, vor allem die westlich der Küstenlagunen gelegenen Gebiete, kontrolliert, zunehmend zu schaffen. Die Organisation erhebt von den Bewohnern dieser Regionen Steuern auf verschiedene Güter und Dienstleistungen. Selbst die Stromversorgung wird inzwischen von ihnen kontrolliert - zahlungsunwilligen Familien wird kurzerhand von der LTTE die Stromleitung gekappt.

## Flucht nach Indien

Die Fluchtbewegung srilankischer Tamilen nach Südindien nimmt weiter zu. Allein am ersten Sonntag des Novembers trafen in Indien elf Boote mit insgesamt 551 Flüchtlingen ein. Fast alle Boote waren von Jaffna aus nach Norden gestartet. Die Flüchtlinge wurden nach einer Befragung durch die indische Polizei in das Lager bei Mandapam transportiert. Mit den Neankünftigen ist die Zahl der seit Juli in Indien eingetroffenen Personen auf weit über 4.000 angestiegen. Immer wieder wurden von Seiten der Regierung in diesem Zusammenhang Behauptungen über eine von der LTTE erzwungene Flucht verbreitet, bisher konnten diese Vorwürfe aber nicht bestätigt werden. Die Regierung fürchtet, daß sich insbesondere im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu aufgrund der Fluchtbewegung wieder neue Sympathien für die LTTE regen könnten.

Außenminister Lakshman Kadirgamar hat denn auch bei einem Zusammentreffen mit seinem indischen Amtskollegen Kumar Gujral am Rande einer Veranstaltung der UN in New York dieses Thema angesprochen. Beide Seiten wollen in Zukunft die Palk-Straße als Fluchtweg

stärker durch ihre Marineeinheiten überwachen lassen.

Nach inoffiziellen Angaben warten mehrere Tausend Menschen auf eine günstige Gelegenheit, von Jaffna nach Indien zu fliehen. Wiederholt gerieten auch Boote in Seenot, zuletzt Mitte November, als eine mit 110 Passagieren beladene Fähre vor Indien sank. 14 Personen des für den Transport von nur 40 Menschen vorgesehenen Schiffs ertranken bei diesem Zwischenfall.

## Führungswechsel in der Armee

Innerhalb der Streitkräfte ist es Anfang November zu einem umfangreichen Führungswechsel gekommen. Mehrere hochrangige Kommandeure, die seit 1994 im Norden und Osten die Streitkräfte befehlen, wurden nach Colombo zurückberufen und erhielten dort neue Aufgaben. Unter ihnen auch Srilal Weerasooriya, der für die Militäroperationen 'Riviresa' und 'Sathjaya' der letzten zwölf Monate, in denen die Halbinsel Jaffna unter Kontrolle der Armee gebracht wurde, verantwortlich zeichnete. Sarath Munasinghe, bisher Sprecher des Verteidigungsministeriums, geht als leitender Brigadier nach Batticaloa, während im Norden Janaka Perera die Führung übernimmt. Sowohl Munasinghe als auch Perera haben bisher kaum Erfahrung mit der Situation im Nordosten des Landes, was sich insbesondere aufgrund der sensiblen Situation in Jaffna nachteilig auswirken könnte.

## Wahlen in Jaffna?

Am 27. November gab die Regierung ihre Pläne zur Abhaltung von Wahlen in der Nordprovinz bekannt. Mit dem Ziel, eine vollständige Zivilverwaltung aufzubauen, können ab dem 11. Dezember Kandidaten für insgesamt 27 örtliche Gremien in den Distrikten Jaffna, Kilinochchi, Mannar und Vavuniya benannt werden. Die Ausgangsbedingungen zur Durchführung einer Wahl in dieser Region sind jedoch denkbar schlecht, da einerseits weite Teile unter Kontrolle der LTTE stehen, die anderen unter dem Militärkommando unterliegen.

Sollte die Wahl tatsächlich spätestens Ende Januar / Anfang Februar nächsten Jahres stattfinden (ein genauer Termin soll erst Mitte Dezember festgesetzt werden) wären diese die ersten Kommunalwahlen im Norden seit 1983. Der

letzte Versuch einer Kommunalwahl scheiterte 1987 kläglich an den Sicherheitsbedingungen. Die auch im Norden abgehaltenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen gerieten 1994 zu einer Farce. Die Wahlbeteiligung war so niedrig, daß einige Kandidaten der tamilischen anti-LTTE Partei, der 'Eelam Peoples Democratic Party' (EPDP), mit nur fünf (!) abgegebenen Stimmen erfolgreich ins Parlament kamen. Die LTTE hat bisher stets erfolgreich den Wahlprozeß verhindert. Da auch im restlichen Land anstehende Kommunalwahlen bereits dreimal auf nunmehr April 1997 verschoben worden sind, stehen die Chancen für eine tatsächliche Durchführung der Wahlen im Norden schlecht.

### Anklage gegen Prabhakaran

Gegen den Anführer der LTTE, Vellupillai Prabhakaran sowie neun weitere seiner engsten Vertrauten, wurde Mitte Oktober offiziell Anklage aufgrund der ihnen vorgeworfenen Urheberschaft am Sprengstoffanschlag auf die Zentralbank von Colombo erhoben. Die Anklage basiert auf dem 'Prevention of Terrorism Act' und listet insgesamt 712 Anklagepunkte auf. Die wesentlichen Anschuldigungen sind mehrfacher Mord und Verschwörung. Die Schrift umfaßt mehrere Bände und nennt allein 476 Zeugen für das Attentat.

Nur zwei der Beschuldigten sind derzeit in Haft, aufgrund der bisherigen Erfahrungen wird es den Behörden wohl auch fast unmöglich sein, Prabhakaran, der sich vermutlich im Nordosten des Landes aufhält, habhaft zu werden. Die inzwischen auf seine Ergreifung ausgesetzte Belohnung hat eine Höhe von umgerechnet mehr als 700.000 Mark erreicht.

Die Behörden betonen, daß dies das erste Mal ist, daß Prabhakaran offiziell eines Verbrechens angeklagt wird und erhoffen sich hiermit Erfolge auf dem Weg zu einer offiziellen Verbannung der LTTE. Ein Schritt, mit dem sich die Regierung jedenfalls selbst den Weg zu offiziellen Verhandlungen mit der LTTE über eine Beendigung des Konflikts verschließt. Auch im Bezug auf den Bombenanschlag auf einen Zug in Dehiwala im Sommer diesen Jahres soll bald eine Anklageerhebung erfolgen.

Beobachter sehen in diesen Schritten der Regierung vor allen Dingen eine Propaganda-Offensive. Sie paßt hervorragend zu den gegenwärtigen internationalen Bemühungen, die LTTE als terroristische Organisation zu brandmarken. Insbesondere von den USA erhofft man sich entsprechende Schritte in naher Zukunft. Von Seiten der LTTE wurde die Anklageerhebung gegen Prabhakaran bisher nicht kommentiert. Bis heute ha-

ben die 'Tamil Tigers' eine Verantwortung für den Anschlag im Januar weder übernommen noch dementiert.

### Präsidentin äußert sich (I)

Für deutliche Unruhe innerhalb der tamilischen Bevölkerung, aber auch unter den tamilischen Parteien, hat Präsidentin Chandrika Kumaratunga in der zweiten Oktoberhälfte gesorgt. Anlässlich eines Empfangs hatte sie offensichtlich geäußert, daß sie persönlich gegen Tamilen vorgehen werde, falls die LTTE es wagt, irgendeine buddhistische Einrichtung anzugreifen. Eine Erklärung Ihres Sekretariats hierzu erschien erst eine Woche später und gab weiteren Spekulationen Raum. Der 'All Ceylon Tamil Congress' forderte Kumaratunga zu einer öffentlichen Entschuldigung auf.

### Präsidentin äußert sich (II)

In einem Zeitungsinterview hat Chandrika Kumaratunga am 10. November erstmals die Bereitschaft der srilankischen Regierung zur Aufnahme von Gesprächen mit der LTTE angedeutet, diese jedoch gleichzeitig an umfangreiche Vorbedingungen geknüpft. Gleichzeitig erklärte sie ihre Bereitschaft, falls notwendig, einen externen Vermittler zuzulassen. Anlässlich des zweiten Jahrestages ihrer Amtsübernahme nannte sie Einzelheiten über die Verhandlungsmodalitäten. Einerseits müßte die LTTE vor Gesprächsbeginn ihre Waffen niederlegen, andererseits ist die Festlegung eines strikten Zeitplans für den Verhandlungsverlauf notwendig. Beide Forderungen hält Kumaratunga aufgrund der bisherigen Erfahrungen seit ihrer Amtsübernahme für unabdingbar. Mit dem Hinweis auf das Scheitern der Gespräche vor eineinhalb Jahren sagte sie wörtlich: "Wir haben ihnen (der LTTE) fast alles gegeben, was sie wollten, aber sie haben uns nur ins Gesicht getreten". In ihren Augen habe die LTTE große Übung darin, Waffenruhe zur Neuorganisation und Vorbereitung auf neue Kampfhandlungen zu nutzen. Beide genannten Vorbedingungen stellen daher ein Minimum dar, um den Weg für Gespräche zu ebnet.

Die Präsidentin erklärte, daß zahlreiche Angebote für eine unabhängige Vermittlung von Organisationen, Einzelpersonen und ausländischen Regierungen vorlägen. Sie könne sich eine äußere Vermittlung vorstellen, wenn sie dazu führe, die LTTE an den Verhandlungstisch zu bringen. Bisher war die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit der LTTE nach dem Abbruch der Waffenruhe im April 1995 von Seiten der srilankischen Regierung strikt abge-

lehnt worden.

Unterdessen hat sich Ende November LTTE-Führer Prabhakaran zu Wort gemeldet. In einer Stellungnahme forderte er seine Anhänger zu einer Fortsetzung des Kampfes auf. In einem vierseitigen Dokument, das vom Londoner Büro der Organisation veröffentlicht wurde, heißt es: "Während Chandrika Kumaratunga ihre Bereitschaft zu Gesprächen mit der LTTE erklärt, stellt sie gleichzeitig die lächerliche Bedingung auf, zunächst unsere Waffen abzugeben. Keine Befreiungsbewegung mit Selbststachung hat je solche erniedrigenden Bedingungen akzeptiert." Er selbst forderte einen Rückzug der Regierung aus dem Norden des Landes vor Aufnahme jedweder Verhandlungen. "Verglichen mit früheren Regierungen hat Chandrikas Regime tiefe Wunden in die Seele der Tamilen geschlagen." Prabhakaran lehnt Verhandlungen nicht grundsätzlich ab, aber erwartet keinen Erfolg. Seine Schlußfolgerung lautet: "In der Geschichte gab es noch keinen Freiheitskampf, der ohne Kampf und Blutvergießen, ohne Tod und Zerstörung, ohne Opfer gewonnen wurde. Darum laßt uns fester Entschlossenheit weiterkämpfen, bis die Besatzungsarmee unseren Boden verlassen und unsere Nation Freiheit erlangt hat." Prabhakaran rief abschließend zum Gedenken an die vielen Tausend für den "Freiheitskampf" gefallenen Kader auf. Sprecher mehrerer tamilischer Parteien brachten ihre Befürchtung zum Ausdruck, daß der Graben zwischen Regierung und LTTE sich weiter vertiefen werde. Eine derartige Verhärtung der Fronten werde einen Friedensprozeß auf lange Zeit verhindern.

### Politische Gewalt

Nach den gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der 'Peoples Alliance' (PA) und der ehemals regierenden 'United National Party' (UNP) im September in Negombo, ist es auch in den letzten Wochen zu zahlreichen kleineren Zwischenfällen gekommen. Die Untersuchungen im Zusammenhang mit der Schießerei von Negombo, bei der zahlreiche Menschen ums Leben kamen, führten inzwischen zur Festnahme von insgesamt drei Personen. Am 12. Oktober wurde der Leibwächter von Minister Jeyaraj Fernando in Chilaw angeschossen und schwer verletzt, nur vier Tage später erschoss ein Unbekannter den Fahrer eines prominenten Aktivisten der PA wenige Kilometer von Chilaw entfernt. Ebenfalls in der ersten Oktoberhälfte kam es in Ratnapura zu schweren Ausschreitungen. Im Vorfeld einer Veranstaltung der UNP wurde von mutmaßlichen PA-Unterstützern das Geschäft ei-

nes UNP-Anhängers in Brand gesteckt. Später blockierten die Angreifer mit brennenden Autoreifen mehrere Straßen, der öffentliche Busverkehr kam in vielen Gegenden um Ratnapura zum Stillstand. Nicht weit von dieser Stadt entfernt, in Kalawana, beschossen Unbekannte einen Bus mit einer Granate, der Anhänger der UNP zur Veranstaltung nach Ratnapura bringen sollte. Eine Schnapshandlung sowie eine Tankstelle, beide im Besitz eines Provinzratsmitglieds der UNP, gingen in Flammen auf, mehrere Personen wurden massiv bedroht.

Auch anlässlich einer Parteiveranstaltung der UNP in Kandy ereigneten sich gewalttätige Zwischenfälle. Die Veranstaltungsbühne wurde beschossen, Brandsätze geworfen. Nach dem Versuch, brennende Straßenblockaden zu fotografieren, wurde ein Bus mit Journalisten mit Steinen angegriffen. In Negombo und der näheren Umgebung dieser Stadt kam es außerdem zu zwei Zwischenfällen, in denen Geistliche bedroht wurden. In beiden Fällen waren Unbekannte vor den Kirchen erschienen und hatten versucht, die Betroffenen in einem Kleinbus zu entführen. Durch umsichtiges Verhalten der Opfer konnten die Pläne der Angreifer jedoch jedesmal vereitelt werden. Einer der beiden Pfarrer hatte bereits vor dem Ereignis Entführungs- und Morddrohungen am Telefon erhalten.

### Abschiebung aus Dänemark

Für internationales Aufsehen sorgte die Abschiebung einer abgelehnten tamilischen Asylbewerberin aus Dänemark. Die 18jährige Chitra Rajendran traf am 1. November in Begleitung von dänischen Sicherheitsbeamten auf dem Flughafen Katunayake ein und konnte zunächst ungehindert einreisen und bei Verwandten Unterschlupf finden. Nachdem der staatliche Rundfunk bereits kurze Zeit später eine Suchmeldung ausgestrahlt hatte, wurde die junge Frau am 3. November in Dehiwela von der Polizei verhaftet und seitdem bei der Heilsarmee unter Hausarrest gestellt. Als offizieller Grund für die Verhaftung und zahlreiche Verhöre wird von den Behörden der Verdacht auf LTTE-Verbindungen genannt. Eine Gruppe von vier dänischen Journalisten, die über das Schicksal der Frau berichten wollten, wurde zunächst in Colombo festgesetzt, später dann unter dem Vorwurf, falsche und für Sri Lanka schädliche Informationen verbreiten zu wollen, aus dem Land gewiesen. In Dänemark haben die Vorgänge um Chitra Rajendran erhebliche Proteste ausgelöst. Bereits im Vorfeld der Abschiebung gab es Proteste gegenüber der dänischen Regierung.

Dänemark strebt zur Zeit ein bilaterales Abkommen mit der srilankischen Regierung über die Rückführung tamilischer Flüchtlinge an. Ein solches, sehr umstrittenes Abkommen, besteht bereits zwischen Sri Lanka und der Schweiz.

('Südasiens' wird im nächsten Heft ausführlich auf diesen Fall zurückkommen).

### Tod in Paris

Wieder einmal hat der srilankische Konflikt auch außerhalb des Landes Opfer gefordert. Kürzlich wurden in Paris zwei innerhalb der tamilischen Szene bekannte Persönlichkeiten erschossen. Es handelt sich um K. Perimpanathan, verantwortlich für finanzielle Fragen innerhalb des Pariser Büros der LTTE, und K. Gajendran, Herausgeber der tamilischen Zeitung 'Thinamurusu', deren Artikel überwiegend die Position der LTTE unterstützen. Die Hintergründe der Morde sind bisher noch völlig unklar. Zahlreiche Vermutungen zur Urhebererschaft der Verbrechen existieren: Während srilankische Medien von einer LTTE-internen Fehde sprechen, in dessen Folge die Ermordung von Prabhakaran persönlich angeordnet worden sei, behaupten staatliche Stellen, daß die beiden Opfer von Tamilen umgebracht wurden, weil sie nicht länger Geld an die LTTE hätten zahlen wollen. Viele Exiltamilen schließen jedoch auch nicht aus, daß die srilankische Regierung selbst für die Gewalttaten verantwortlich ist. Seit einigen Wochen gibt es in Paris auffällige Aktivitäten von Unterstützern zweier tamilischer Parteien, die in Sri Lanka eng mit der Regierung zusammenarbeiten.

### Sendeturm beschädigt

Die seit vielen Jahren umstrittenen Sendeanlagen des amerikanischen Senders 'Voice of America' (VOA) in Iranawila an der Nordwestküste sind Anfang November durch ein Feuer beschädigt worden. Dabei wurde einer der vier jeweils 500 Kilowatt starken Sendeanlagen der immer noch im Aufbau befindlichen Station zerstört. Dem Aufbau der Sendeinrichtungen waren vor einigen Jahren massive Proteste vorausgegangen. Von politischen und religiösen Führern unterstützt, richtete sich der Zorn der in diesem Gebiet lebenden Menschen vor allen Dingen gegen die hohe Zahl von Enteignungen und Umsiedlungen von Bewohnern, die von der Regierung angeordnet worden waren, um für die VOA-Installationen ein riesiges Areal bereitstellen zu können. Immer wieder wurden auch Vermutungen einer militärischen Nutzung der Anlagen durch die USA laut. Die Polizei geht bei dem Feuer

von einem technischen Defekt aus.

### Gas-Deal mit Folgen

Der erste große Geschäftsabschluß im Rahmen des Privatisierungsprogramms der Regierung unter Chandrika Kumaratunga hat sich bisher zu einem Desaster entwickelt. Ein Anteil von 51 Prozent der 'Colombo Gas' war im Dezember 1995 an die multinationale Mineralölgesellschaft 'Shell' zum Preis von 37 Mio. Dollar verkauft worden. Statt der allseits im Land erwarteten Senkung des Gaspreises kam es nach dem Verkauf jedoch zu einer inzwischen mehr als 20prozentigen Preiserhöhung. Die 'Public Enterprise Reform Commission' (PERC), die Empfehlungen für Privatisierungsprozesse aussprechen soll, hat inzwischen Berechnungsfehler im Fall 'Shell' zugegeben, andererseits aber darauf hingewiesen, daß laut vertraglicher Vereinbarung jährliche Preissteigerungen nur bis maximal zehn Prozent möglich seien. Aber selbst Meldungen im staatlichen Fernsehen über ein mögliches Gerichtsverfahren blieben von Seiten 'Shell' ohne Reaktion. Die unangenehmen Folgen des Gas-Deals weiten sich mittlerweile zu einem Skandal aus, der weitere Privatisierungsvorhaben der Regierung zumindest verzögern könnte. Gewerkschaften im Land sehen sich in ihren Befürchtungen bestätigt, daß Privatisierungen immer auch Preiserhöhungen nach sich ziehen. Auch die Regierung ist aufgebracht, erhoffte sie sich doch durch den Verkauf von weiteren staatlichen Unternehmen in diesem Jahr Einnahmen von über 350 Millionen Dollar. Gerade wurde erneut ein Vertrag mit der südkoreanischen Firma 'Hanjung' unterzeichnet, die für 15 Millionen US-Dollar die 'Ceylon Steel Corporation Ltd'. aufgekauft hat. Über die Folgen dieses Verkaufs wurde bisher nichts bekannt.

### Kampagne gegen Sextourismus

Die vor einigen Jahren begonnenen Kampagnen zur Eindämmung von Sextourismus und Kinderprostitution zeigen zunehmend Erfolge. Im November hat die Präsidentin unter ihrer Führerschaft eine Kommission ernannt, die Strategien zu einer weiteren Bekämpfung dieser Auswüchse des Tourismus erarbeiten soll. Außer offiziellen Stellen und der Polizei sind auch Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen, wie die Organisation 'PEACE', eingeladen worden, um ihre Erfahrungen einzubringen.

### Geld vom 'Aid Consortium'

Die Weltbank hat in einer Zusammenkunft in Paris am 19. November ihre

Entscheidungen für die finanzielle Unterstützung Sri Lankas im nächsten Jahr bekanntgegeben. Ein Konsortium der Geberländer einigte sich auf einen Betrag von 806 Millionen US-Dollar. Dieser Betrag liegt deutlich über den von Justizminister G.L. Peiris erwarteten 700 bis 800 Millionen, die Entscheidung hat daher unter den srilankischen Regierungsvertretern zu großer Genugtuung geführt. Die Geberländer sprachen der Regierung großes Lob für ihre Anstrengungen zur Beendigung des Krieges aus und äußerten die Hoffnung, daß die Finanzzusage endlich eine nachhaltige wirtschaftliche Verbesserung im Lande bringen werde. In der Stellungnahme der Weltbank heißt es weiter wörtlich: "Wir erkennen an, daß die Regierung sich in jüngster Zeit um den Schutz der Menschenrechte bemüht hat und Sicher-

heitsbedenken berücksichtigen muß, rufen jedoch auch zu ständiger Wachsamkeit auf, damit die Rechte Einzelner nicht verletzt werden." Die Regierung will das Geld vorrangig für zwei Straßenbauprojekte, zwei Bewässerungsvorhaben und die Entwicklung der strukturschwachen Südpfanz einsetzen. Die Geber haben für den Fall eines Friedensschlusses im srilankischen Bürgerkrieg zusätzliche Unterstützung für den Nordosten angekündigt. Gelder für den Wiederaufbau stünden zur Verfügung.

### Große Pläne für Colombo-Fort

Obwohl auch zehn Monate nach dem verheerenden Bombenanschlag auf die Zentralbank im Geschäftszentrum der Hauptstadt (Fort) fast alle zerstörten Gebäude weiterhin unverändert als Rui-

nen an die schrecklichen Ereignisse erinnern, wurde jetzt von der 'Urban Development Authority' ein Generalplan für die Neugestaltung dieses Stadtteils im 21. Jahrhundert vorgestellt. Die Pläne schweben in Ideen einer völligen Umgestaltung. Gläserne Bürogebäude, edle Einkaufsarkaden und luxuriöse Apartments sollen entstehen, wo heute noch Straßenhändler ihre Mottenkugeln und Taschenspiegel anbieten. Fahrzeugverkehr soll - wie jetzt schon aus Sicherheitsgründen verhindert - einem System aus Fußgängerwegen und -brücken weichen, die sich durch den ganzen Stadtkomplex ziehen. Auch an eine elektrische Straßenbahn ist gedacht. Die geschätzten Kosten für das Projekt liegen umgerechnet bei mindestens 160 Millionen Mark, die Finanzierung ist noch ungeklärt.

## Interview:

### "Gefangene im eigenen Land"

**N. Kandasamy arbeitet für das 'Movement for Interracial Justice and Equality' (MIRJE) und leitet dort die Abteilung Menschenrechte. MIRJE beschäftigt sich seit vielen Jahren mit der Bürgerkriegssituation im Land und versucht aktiv, zu einer Lösung des Konfliktes beizutragen. Die Aufdeckung von Menschenrechtsverletzungen, gleichgültig von welcher Gruppierung auch immer verübt, gehört zu einer ihrer Hauptaktivitäten. Michael Mertsch sprach mit Kandasamy über die jüngsten Vorfälle und Entwicklungen im Norden Sri Lankas.**

**Seit langer Zeit beobachten Sie schon die Lebensbedingungen und die Menschenrechtssituation auf der Halbinsel Jaffna. Wie entwickelt sich die Situation für die Menschen dort, seit die Armee dieses Gebiet weitgehend unter ihre Kontrolle gebracht hat?**

Nachdem die Armee große Teile Jaffnas kontrolliert, wurden von ihr auch erste Schritte unternommen, eine Zivilverwaltung einzu-

richten. Aber die bisherigen Maßnahmen unterliegen einer absoluten Kontrolle durch das Militär. Darüber hinaus gibt es keine regierungsunabhängigen Einrichtungen, auch keine unabhängigen Medien.

Die Lage in Jaffna hat sich in den letzten Monaten drastisch verschlechtert. Es kommt zu Verhaftungen in großem Stil, immer wieder verschwinden Personen spurlos, jetzt wurden einige Fälle von Vergewaltigungen und auch Morde bekannt. Der Staat sieht in diesem Gebiet keinerlei Mechanismus vor, um derartige Vorfälle zu verhindern bzw. aufzuklären. Obwohl die 'Human Rights Task Force' (HRTF) von der Regierung als Instrument zur Eindämmung von Menschenrechtsverletzungen eingerichtet wurde, wurde es dieser bisher verwehrt, ein Büro in Jaffna zu eröffnen. Erst kürzlich wurde über die Eröffnung weiterer Büros der HRTF im Land entschieden, Jaffna jedoch wieder nicht berücksichtigt - angesichts der Tatsache, daß die Menschenrechtssituation dort verglichen mit allen anderen Landesteilen katastrophal ist, eine tragische Entscheidung. In meinen Augen versucht die Regierung, jede Art von humanitärem und sozialem Engagement in Jaffna zu verhindern, selbst der UNHCR konnte bisher nicht in Jaffna aktiv werden, nur im Osten, in Batticaloa. Das 'Internationale Komitee des Roten Kreuz' (ICRC) wird immer wieder gebeten, das Schicksal von in Jaffna verschwundenen Personen zu klären, aber auch diese Organisation hat im



Jaffna unter Militärkontrolle (Foto: 'Information Department')